

# Statement

der ehemaligen Mitarbeitenden der Mädchen\*einrichtungen **Phantalisa** und **Alia** zur Entscheidung der kollektiven **NICHT-Wiederaufnahme** der Arbeit unter den geforderten Bedingungen

Nach einem langen und extrem anstrengendem Prozess hat Frieda e.V. am 04.06.2024, ein Statement veröffentlicht - welches sowohl die Forderungen der Beschlussempfehlung vom Jugendhilfeausschuss, als auch weitere Bedingungen der Jugendförderung beinhalten - um Leistungsverträge zur Weiterbeschäftigung von unseren Einrichtungen "Alia" und "Phantalisa" zu erhalten. Diese Forderungen sind u.a.: 1) Die Anerkennung des Existenzrecht Israels, 2) Arbeit in den Einrichtungen nach einem "Neutralitätsgebot", 3) Einwilligung zu willkürlichen Kontrollbesuchen in den Einrichtungen und 4) Weiterentwicklung der pädagogischen Konzeption (Extra-Nennung von Antisemitismus als Leitprinzip).

Als Mitarbeitende der Mädchen\*einrichtungen wollen wir deutlich machen, dass das Statement nicht in unserem Namen ist und wir uns nicht dahinter stellen.

Wir gehen davon aus, dass der Träger sich gezwungen sah, ein Statement zu veröffentlichen, um den von Jugendstadtrat Kindler in Zusammenarbeit mit dem Jugendhilfeausschuss und der Boulevardpresse geschädigten Ruf des Vereins wiederherzustellen und so die Arbeitsplätze der von Frieda e.V. angestellten Mitarbeitenden zu sichern. Obwohl wir die Bemühungen des Vereins wertschätzen, haben wir uns dennoch kollektiv dazu entschieden, unsere Arbeit unter diesen erniedrigenden Bedingungen nicht wieder aufzunehmen. Trotz der Entscheidung wollen wir deutlich machen, dass dieser Kampf hier nicht vorbei ist, da es ein Kampf um die Zukunft und Ausrichtung der Sozialen Arbeit als eine Profession der Menschenrechte und der Menschenwürde ist.

Die Forderungen an uns als Mitarbeitende, dass wir einerseits das Existenzrecht Israels öffentlich und persönlich anerkennen sollen und andererseits von uns gefordert wird, dass wir unter einem - in unserem Arbeitsbereich nicht existierenden - "Neutralitätsgebot" arbeiten sollen, ist in sich widersprüchlich. Anscheinend haben die Fachpersonen der Kinder- und Jugendförderung zu wenig Wissen über ihren eigenen Fachbereich. Sonst wüssten sie, dass es in der Sozialen Arbeit KEIN Neutralitätsgebot gibt. Oder sie sind sich dessen bewusst und setzen sich dennoch darüber hinweg und stellen staatliche Interessen über die geltenden Grundsätze, sowie (rechtlichen und inhaltlichen) Grundlagen der Sozialen Arbeit. Mit dieser Bedingung zwingt uns die Kinder- und Jugendförderung, gegen unsere Profession zu arbeiten. Als Sozialarbeitende halten wir uns an die Prinzipien der Sozialen Arbeit (u.a. im Ethikkodex der Internationalen Föderation von Sozialarbeitenden festgelegt). Grundlage unserer Arbeit sind die Prinzipien der Menschenrechte und der sozialen Gerechtigkeit. Soziale Arbeit ist niemals neutral, sondern an sich politisch.

Die Forderung von Neutralität im Bereich der Sozialen Arbeit ist insbesondere vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte problematisch. Wir dürfen nicht vergessen, dass Sozialarbeitende in der NS Zeit mit dem deutschen Nazi-Staat zusammengearbeitet haben und aktiv an Deportationen, Zwangssterilisierungen, Stigmatisierung und Beteiligung in Prozessen zur Bestimmung von "unwertem" Leben mitgewirkt haben. Sie waren also aktiv

an Genoziden beteiligt. Um diese Annäherung von sich faschisierenden staatlichen Strukturen und Sozialer Arbeit gerade jetzt zu trennen, ist es unsere Pflicht und Verantwortung als Sozialarbeitende, sich laut gegen die seit Jahrzehnten andauernde kolonialen Unterdrückung, systematischen Vertreibung und ethnische Säuberung an der palästinensischen Bevölkerung zu wehren, die gerade im Genozid in Gaza gipfelt. Ebenso wenig dürfen wir schweigen bei jeglicher Kriminalisierung von Stimmen, die sich gegen die deutsche „uneingeschränkte Solidarität mit Israel“, die sich in der aktiven Mittäterschaft der deutschen Regierung und Gesellschaft zeigt, aussprechen.

Der anhaltende Genozid ist vor allem ein Genozid an Kindern und Jugendlichen, um systematisch eine Bevölkerung auszulöschen. Etwa die Hälfte der Menschen, die in Gaza umgebracht wurden, sind Minderjährige. Und die Kinder- und Jugendförderung steht in deutscher sozialarbeiterischer Tradition wieder auf der falschen, verbrecherischen Seite der Geschichte und kriminalisiert Mitarbeitende mit Verfassungsschutzmethoden, anstatt das in ihrer Macht stehende zu tun, um diesen Genozid zu stoppen oder wenigstens zu thematisieren.

Eine weitere Bedingung sind Kontrollbesuche. Auch hier sollte für versierte Personen klar sein, dass Offene Kinder- und Jugendeinrichtungen - insbesondere Einrichtungen wie Phantalisa und Alia, Schutzräume für überwiegend BIPoC-Mädchen\* und queere Jugendliche sind. Diese Kontrollbesuche, welche darauf abzielen, unsere pädagogische Arbeit zu „überprüfen“, zerstören hart erarbeitetes Vertrauen und würden als Konsequenz keine Schutzräume im Interesse der Kinder und Jugendlichen mehr darstellen. Dies würde einen weiteren Verstoß gegen die Prinzipien der Sozialen Arbeit bedeuten.

Desweiteren wird verlangt unsere pädagogischen Konzeptionen (nach der wir in den Einrichtungen arbeiten) so zu verändern, dass Antisemitismus als Leitprinzip extra genannt wird. Dies stellt eine weitere sinnfreie Anforderung dar, denn - wie vom Verein mehrmals dargestellt - arbeiten wir mit intersektionalen, gendersensiblen Ansätzen. Diese Konzeptionen sind dem Jugendamt bekannt. Es braucht also keine Änderung unserer Konzeptionen oder Leitprinzipien, da bekannt ist, dass intersektionale Ansätze ALLE Diskriminierungsformen einschließen. Wir fragen uns, wieso die Kinder- und Jugendförderung bisher nie so sensibel bei Antimuslimischem Rassismus, Gadge-Rassismus, u.a. reagiert hat, bzw. Extra-Nennungen gefordert hat - insbesondere mit dem Blick auf die Lebensrealitäten und Lebenswelten der Besuchenden der Einrichtungen. Während die Kinder- und Jugendförderung vier Jahre lang entweder nicht gewollt oder nicht in der Lage dazu war, sowohl die Kinder und Jugendlichen als auch die Mitarbeitenden vor einem bewaffneten Nazi zu schützen, der zwei Häuser weiter von Phantalisa lebt und unsere Besuchenden und Mitarbeitenden wiederholt angegriffen und Todesdrohungen ausgesprochen hat, zeigt sie jetzt auf einmal die Fähigkeit schnell zu handeln und schließt Einrichtungen von einem auf den anderen Tag unter dem Vorwand, die Kinder und Jugendlichen in den Einrichtungen schützen zu wollen - Was für eine Ironie.

Die Kinder- und Jugendförderung tut jetzt so, als ob unsere Arbeit im luftleeren Raum stattgefunden hätte und niemand genau gewusst hätte, wie wir in unseren Einrichtungen mit den Besuchenden gearbeitet haben. Das ist schlichtweg falsch und gelogen. Wir wurden stets von zuständigen Mitarbeitenden des Amts begleitet. Diese waren über die Methoden, Themen, Schwerpunkte, Angebote, Kooperationen und alles relevante informiert. Dafür gab es festgelegte Rahmenbedingungen wie regelmäßige Treffen, Zielvereinbarungen,

Sachberichte, uvm. Nachdem unsere Zentren – insbesondere nach dem Terroranschlag in Hanau – über Jahre als Vorzeige-Einrichtungen für Konzepte und Methoden antirassistischer Kinder- und Jugendarbeit von der Jugendförderung gefeiert wurden (bis vor ein paar Wochen hat eine von Phantalisa veröffentlichte Grafik von 2021 noch die Webseite der Kinder- und Jugendförderung Friedrichshain-Kreuzberg geschmückt), werden wir heute dämonisiert und unsere zuvor so hoch angesehene politische Bildungsarbeit unter Generalverdacht gestellt. Diese Art von Kriminalisierung und Generalverdacht kennen wir nur zu gut als BIPOC bzw. nicht-weiße und rassifizierte Menschen in Deutschland.

Es ist erschreckend, dass wir durch das Ausspionieren unserer Privatleben sowie unserer privaten Social Media-Accounts, die Boulevardpresse oder Gruppen und Institutionen, die Hand in Hand mit staatlicher Repressionen arbeiten, als Antisemit\*innen geframed wurden und werden, nur weil wir die anhaltende Nakba und die Kriegsverbrechen gegen die palästinensische Bevölkerung verurteilen. Es ist beschämend, dass das Bezirksamt eine Täter-Opfer-Umkehr gemacht sowie illegale Methoden genutzt hat, um uns zu verleumden und als Kindeswohlgefährdend darzustellen, damit sie die ausgesprochenen Kündigungen rechtfertigen können.

Wir weigern uns, einen Präzedenzfall zu schaffen, der es erleichtert andere Träger, Vereine und Privatpersonen in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit genauso zu ahnden wie uns. Wir wollen als ermutigendes Beispiel als Einrichtungen vorangehen, die trotz enormer Repression auf der Seite der Gerechtigkeit bleiben. Das sind wir unserem Arbeitsfeld und vor allem unseren Besuchenden, die genau wissen, wie sich Kriminalisierung und Repression anfühlen, schuldig.

Wir nehmen keine dieser rechtswidrig erlangten "Anschuldigungen", die keine rechtliche Grundlage haben, an. Keine Repression, kein willkürlicher Machtapparat und keine Einschüchterungspolitik können uns unsere Menschlichkeit nehmen und uns daran hindern, uns weiterhin aktiv gegen den anhaltenden Genozid auszusprechen und für den Widerstand und die Befreiung des palästinensischen Volkes und jedes anderen unterdrückten Volkes einzustehen.